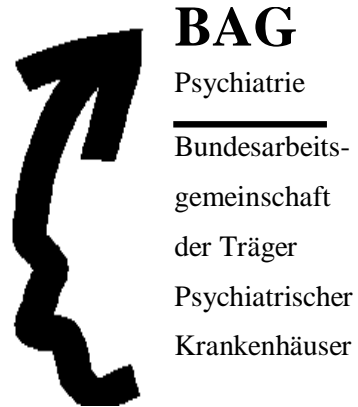


BAG-Psychiatrie, Ständeplatz 2, 34117 Kassel

Herrn Staatsminister Stefan Grüttner  
Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz  
Hessisches Sozialministerium  
Dostojewskistraße 4  
65187 Wiesbaden



**Datum:** 26.07.2011  
**Auskunft erteilt:** Herr Hübner  
**Telefon:** 0561 – 1004 / 5321  
**Telefax:** 0561 – 1004 / 5421  
**E-Mail-Adresse:** [joachim.huebner@vitos.de](mailto:joachim.huebner@vitos.de)  
**Aktenzeichen:** B/14.2

## **Eckpunkte zur Ausgestaltung des Rechts der Sicherungsverwahrung**

Sehr geehrter Herr Minister Grüttner,

mir sind die Eckpunkte des Bundesjustizministeriums zur Ausgestaltung des Rechts der Sicherungsverwahrung in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 04.05.2011 bekannt geworden. Sie enthalten u. a. den Vorschlag, Straftäter auch bei nur vorbehaltener Sicherungsverwahrung in Einrichtungen des Maßregelvollzuges nach §§ 63 und 64 StGB zu überweisen. Dabei soll auf das Vorliegen einer Schuldunfähigkeit oder einer verminderten Schuldfähigkeit verzichtet werden.

Sollten künftig vollschuldfähige gefährliche Straftäter in forensische Kliniken eingewiesen werden, würden diese Maßregelvollzugseinrichtungen überfordert und könnten ihren Behandlungsauftrag nicht mehr im nötigen Maße erfüllen. Ganz abgesehen davon fehlen in den forensischen Kliniken aufgrund der ständig steigenden Patientenzahl bereits heute vielfach ausreichende Unterbringungskapazitäten.

Ich halte die Lockerung der gesetzlichen Trennung zwischen der Behandlung schuldunfähiger bzw. vermindert schuldfähiger psychisch kranker und suchtkranker Rechtsbrecher in forensischen Kliniken und vollschuldfähiger gefährlicher Straftäter mit dissozialen Persönlichkeiten im Strafvollzug bzw. der Sicherungsverwahrung für höchst bedenklich. Deshalb habe ich gegenüber der Bundesjustizministerin gegen diese Überlegungen protestiert. Ich füge mein Schreiben zu Ihrer Information bei.

Im Hinblick auf die zu befürchtenden Auswirkungen auf die forensischen Kliniken bitte ich Sie im Namen der Gesundheitsministerkonferenz gegen die beabsichtigte Änderung des § 67 a Abs. 2 StGB zu intervenieren.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

(Joachim Hübner)  
Vorsitzender

Anschrift: BAG-Psychiatrie, Ständeplatz 2, 34117 Kassel

Vorsitzender: Prokurist Joachim Hübner, Tel.: 0561 - 10 04 - 53 21, Fax: 0561 - 10 04 - 54 21, [joachim.huebner@vitos.de](mailto:joachim.huebner@vitos.de)

Geschäftsführer/zugl. Geschäftsstelle: Jürgen Vöckel, Tel.: 0561 - 10 04 - 24 28, Fax: 0561 - 10 04 - 14 28, [juergen.voeckel@vitos.de](mailto:juergen.voeckel@vitos.de)

Telefonvermittlung 0561 - 10 04 - 0, Fax: 0561 - 10 04 - 29 29, Bankverbindung Kasseler Bank, BLZ 520 900 00, Kto.-Nr. 16 78 612

Anschrift: BAG-Psychiatrie, Ständeplatz 2, 34117 Kassel

Vorsitzender: Prokurist Joachim Hübner, Tel.: 0561 - 10 04 - 53 21, Fax: 0561 - 10 04 - 54 21, [joachim.huebner@vitos.de](mailto:joachim.huebner@vitos.de)

Geschäftsführer/zugl. Geschäftsstelle: Jürgen Vöckel, Tel.: 0561 - 10 04 - 24 28, Fax: 0561 - 10 04 - 14 28, [juergen.voeckel@vitos.de](mailto:juergen.voeckel@vitos.de)

Telefonvermittlung 0561 - 10 04 - 0., Fax: 0561 - 10 04 - 29 29, Bankverbindung Kasseler Bank, BLZ 520 900 00, Kto.-Nr. 16 78 612